

# Festung Schweiz

Im August 1938 schlossen die Eidgenossen ihre Grenze für jüdische Flüchtlinge. Doch nicht alle Beamten hielten sich an die unmenschliche Weisung **VON STEFAN KELLER**

**AUF DER WACHT:**  
Ein Schweizer Grenzposten bei Schaffhausen inspiziert das Terrain (Foto aus den vierziger Jahren)



Foto: (M): Photopress-Archiv/Keystone (o.), Paul-Grüninger-Stiftung, St. Gallen (A)

Es war am Mittwoch, dem 17. August 1938, vor genau siebzig Jahren, als sich im jüdischen Bundeshaus in Bern die zuständigen Minister und Polizeidirektoren aus 23 Kantonen versammelten, um eine Situation zu diskutieren, die es in der Schweiz so noch nie gegeben hatte. Die Männer erschienen auf Einladung von Heinrich Rothmund, dem Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei und einflussreichsten Beamten des Justiz- und Polizeidepartements. Seinem Büro waren äußerst alarmierende Berichte von der Grenze zugegangen: Täglich flohen jüdische Menschen aus dem ans Deutsche Reich «angeschlossenen» Österreich ins Land. Sie kamen zu Dutzenden oder in kleinen Gruppen. Sie meldeten sich bei den Grenzbeamten, von denen sie in der Regel zurückgewiesen wurden. Sie schlichen nachts über abgeheute Wiesen, durch Getreidefelder und Wälder, kletterten über Berge, durchschwammen den Rhein. Oft wurden sie auch von SS-Männern direkt an eine unbewachte Stelle geführt und unter schwersten Drohungen über die Grenze gejagt.

Rund tausend Flüchtlinge aus Österreich, berichtete Rothmund im Bundeshaus, seien innerhalb kürzester Zeit illegal in die Schweiz gelangt, nachdem bereits im März – unmittelbar nach dem «Anschluss» – drei- bis viertausend legal ins Land gekommen waren, die nur zum Teil nach Frankreich weitergeschickt werden konnten. Obwohl für Staatsbürger des ehemaligen Österreichs seit April eine Visumpflicht galt und das Visum den jüdischen Geschwägern meist verweigert wurde, obwohl die Schweizer Regierung immer wieder bei den deutschen Behörden gegen die Abschiebung von Juden protestierte, nahm die Zahl der Flüchtlinge jeden Tag zu. Die Frage, über die jetzt gesprochen werden müsste, sagte Rothmund, sei «eine der schwierigsten» überhaupt.

## Nachts hört man Schreie bis ins Dorf hinein

Dem Fremdenpolizeichef ging es darum, seine Kollegen in den Kantonen auf eine allgemeine Grenzsperrung einzustimmen. Diese Maßnahme sollte zunächst nur für jüdische Flüchtlinge aus Österreich gelten, für jene also, die von den Nazis am brutalsten verfolgt und systematisch zur Auswanderung genötigt wurden. Später sollte die Sperre, entsprechende Pläne lagen Rothmund bereits vor, auf alle Juden des Reichs ausgedehnt werden. Es stellte sich nur das Problem, dass auch ein Schweizer Grenzwächter ohne entsprechende Papiere zwischen Juden und «Ariern» nicht unterscheiden konnte.

Heinrich Rothmund war seit 1919 Chef der Fremdenpolizei. Er wollte sein Land vor «Überfremdung» schützen; seit fast zwanzig Jahren kämpfte er gegen die «Verjudung der Schweiz», wie er selber einmal sagte. Man könne die Vertriebenen hier «ebenso wenig brauchen wie in Deutschland», hatte er Ende Juni dem deutschen Gesandten erklärt. Etwas über vier Millionen Einwohner zählte die Schweiz zu jener Zeit, davon waren 18 000 Juden, also eine winzige Minderheit.

Bei den kantonalen Polizeifunktionären stießen Rothmunds Phobien jedoch auf Resonanz, und während der Polizeichef sich selber in der Diskussion des heiklen Themas vorsichtig zurückhielt, war es ausgerechnet der ehrenamtliche Präsident der Schweizerischen Flüchtlingshilfe – im Hauptberuf Polizeidirektor des Kantons Zürich –, der als Erster eine bessere Abschottung der Grenze forderte. Die meisten Anwesenden schlossen sich diesem Begehren an.

Ein Beamter am Tisch allerdings widersprach. «Die Rückweisung der Flüchtlinge geht schon aus Erwä-

gungen der Menschlichkeit nicht. Wir müssen viele hereinlassen!», sagte er laut Protokoll und erzählte von «herzbewegenden Szenen» an der Grenze. Der Mann hieß Paul Grüninger. Er war Polizeikommandant von St. Gallen, einem Kanton direkt an der Grenze zu Österreich. Ein halbes Jahr später wurde der Hauptmann wegen der Rettung von einigen Hundert, vielleicht mehreren Tausend Flüchtlingen abgesetzt.

Wenige Tage vor der Berner Konferenz, am 11. August 1938, trifft der Wiener Verkäuferlehrling Harry Weinreb im voralbergschen Hohenems nahe der Schweizer Grenze ein. Weinreb ist 17 Jahre alt. Nach der Ausrüstung seines Lehrbetriebs stand er kurz vor der Entlassung. Um den lebensgefährlichen Schikanen in Wien zu entgehen, schloss sich Weinreb zwei Freunden an, die eine Flucht in die Schweiz vorbereitet hatten. Weinrebs Mutter ist bereits tot, der Vater hat im Ersten Weltkrieg an der Front gedient, er besitzt mehrere Orden und war beim Abschied von seinem Sohn der Überzeugung, ihm könne nichts passieren. Harry Weinreb wird ihn nie wiedersehen. Außer seinen Kleidern und dem Pass mit einer Ausreise-, aber ohne Einreisegenehmigung besitzt Weinreb nur noch zwei oder drei Reichsmark sowie eine Badehose, die er in der Hand mit sich trägt.

Den drei Flüchtlingen hat in Wien jemand geraten, sie sollten nach Hohenems fahren, dort zu Fuß an die Grenze beim Schweizer Dorf Diepoldsau im St. Galler Rheintal spazieren und so tun, als wären sie einheimische Jugendliche, die nur kurz zum Baden wollen – denn es gibt ein Schwimmbad am Altauf des Rheins, ein paar Meter hinter dem Grenzzaun bei Diepoldsau. Natürlich stolpern die drei direkt der Schweizer Grenzwa- che in die Arme, und natürlich glaubt niemand an ihre Maskerade.

Die Jungen sind verzweifelt. Doch der Grenzwachtkommandant Leonhard Grässli weist sie in das rettende Ritual ein. Er werde jetzt den Polizeichef kommen lassen, erklärt er. Wenn dieser hier sei, werde er sie noch einmal zur Rückkehr auffordern und ihnen drohen, sie andernfalls zu erschießen. Er werde sie natürlich nicht erschießen, sagt Grässli sofort, er werde das nur behaupten, und es liege dann an ihnen, die richtige Antwort zu geben. Als der Polizeikommandant aus der Kantonshauptstadt St. Gallen in Diepoldsau eintrifft, ist den drei Jugendlichen klar, was sie zu sagen haben. «Lieber lassen wir uns erschießen, als dass wir zurückgehen», erklären sie unisono. «Ja, wenn es so ist», sagt Paul Grüninger, «dann müssen Sie wohl hierbleiben!»

So lief das an Grüningers Grenze. Doch was würde passieren, wenn Bern die Sperre anordnete?

Auch die jüdische Gemeinde war in großer Sorge. Am 18. August 1938, einen Tag nach der Berner Polizeikonferenz, trat in Basel das Zentralkomitee des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes zusammen. Die Führung der Schweizer Juden bestand aus einer Anzahl vorwiegend gut situierten, biederen Geschäftsleute, die nach Aussagen von Zeitzeugen seit vielen Jahren hauptsächlich über zwei Probleme beraten hatten: die Einfuhr von koscherem Fleisch sowie die Errichtung und Unterhaltung eines jüdischen Friedhofes in Davos (der 1931 eingeweiht werden konnte). Durch den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und in Österreich standen die Honoratioren der Gemeinden plötzlich vor einer nie gekannten Herausforderung. Jetzt mussten sie Welpolitik machen. Soweit sie dabei Fehler begingen, hat man sie noch viele Jahrzehnte dafür verdammt.

Auf der Krisensitzung des Zentralkomitees in Basel referierte der Präsident des Gemeindebundes, ein St. Galler Textilkaufmann im Ruhestand, über das Berner Polizeitreffen vom Vortag – und über eine spezielle Last, die den Schweizer Juden gerade auf-

gebürdet worden war. Nachdem nämlich eine internationale, von US-Präsident Franklin D. Roosevelt einberufene Flüchtlingskonferenz in Evian im Juli 1938 keine nennenswerten Resultate hervorgebracht hatte – fast alle Regierungen waren fest entschlossen, ihre Grenzen noch besser abzuschotten –, dekretierte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, dass die Schweizer Juden künftig für ihre verfolgten «Glaubensgenossen» selber aufzukommen hätten. Die Israelitische Fürsorge sollte sämtliche Kosten der Flüchtlinge bezahlen. Andernfalls würden diese ausgewiesen, drohte der Chef der Polizeibehörde.

Wie sollte man das schaffen? Die Kassen waren leer. Die jüdische Fürsorge zählte zu diesem Zeitpunkt bereits 1745 mittellose Flüchtlinge, die provisorisch in Gasthöfen, in Privathaushalten, Asylen und in einem neuen Flüchtlingslager bei Diepoldsau lebten. Allein in St. Gallen hatte sich ihre Zahl seit Anfang



Widerstand im Namen der Menschlichkeit: **PAUL GRÜNINGER** ignorierte die Befehle aus Bern

August von 16 auf mehr als 400 Personen erhöht. War es bis kurz zuvor noch möglich gewesen, einen Teil der Menschen sofort an die Westgrenze bei Basel zu befördern, damit sie von dort weiterreisen konnten, so wurde das zunehmend schwierig, weil seit Evian auch Frankreich die Pässe strenger prüfte. Zudem hatte das faschistische Italien antisemitische Maßnahmen angekündigt, und niemand wusste, was dadurch auf die Schweizer Juden zukommen würde.

Das Zentralkomitee beschloss eine sofortige neue Geldsammlung. Ferner wollte man über Bankkredite verhandeln. Mitten in die Sitzung platzte die telefonische Nachricht, dass nach der Ankunft weiterer Flüchtlingsgruppen die Grenzsperrung nun definitiv angeordnet worden sei. Der Bundesrat habe zu diesem Zweck Militär aufgeboden, und alle Flüchtlinge würden von Soldaten, Polizisten und Grenzwächtern jetzt ausnahmslos zurückgeschickt.

In der Nacht vom 23. auf den 24. August 1938 hört man in Diepoldsau die Schreie einer Gruppe von Menschen bis ins Dorf hinein. «Es waren sechs jüdische Vertriebene», wie eine St. Galler Lokalzeitung festhält, «die im Dunkel den Weg von Deutschland auf schweizerischen Boden suchten, von unserer schweizerischen Grenzwa- che aber gefasst und wieder nach Deutschland abgeschoben werden mussten.» Zwei Tage später, am 26. August berichtet dieselbe Zeitung, dass Flüchtlinge, die sich nicht freiwillig abschieben lassen, von Schweizer Grenzwächtern bei Diepoldsau über die Brücke zum deutschen Zollamt getragen werden.

Am 28. August hört man Schüsse aus dem Ödland jenseits der Grenze bei Diepoldsau. «Wir sind nicht in der Lage zu sagen, um was es sich bei dieser Schiesserei handelte», schreibt die Lokalzeitung. «Da der Verkehr derart stark gedrosselt ist, vernimmt man wenig mehr von dem, was drüben läuft.»

Die Schneiderin Frieda Prossner aus Wien hat Glück. Mit einer Freundin ist sie am 24. August über die Grenze gekommen, zuvor haben beide fünf Tage und Nächte unter freiem Himmel zugebracht. Gegen Mitternacht klopfen sie in Diepoldsau an die Fenster einer Gastwirtschaft und werden freundlich aufgenommen. Man bringt die jungen Frauen ins Flücht-

lingslager. Ein Polizist erklärt ihnen, dass sie womöglich wieder zurückmüssen. Doch zwei Tage später erscheint Grüninger und erlaubt ihnen zu bleiben. In die Akten von Frieda Prossner wird als Einreisdatum der 6. August eingetragen, ein Zeitpunkt lange vor der Grenzsperrung.

Der 48-jährige Grüninger hatte sich entschlossen, die Anweisungen aus Bern vorsätzlich zu missachten. Wem die Flucht in den Kanton St. Gallen gelungen war, wer es bis ins Flüchtlingslager gleich hinter der Grenze geschafft hatte oder gar bis zum Polizeikommando in der zwanzig Kilometer entfernten Kantonshauptstadt, wurde dem Hauptmann vorgeführt – und dann in der Regel nicht mehr zurückgeschickt. Auch in Basel gab es nach der Grenzsperrung solche Beispiele von Gehorsamsverweigerung, Zuwiderhandlungen gegen die jüdenfeindlichen Erlasse und offenem Widerstand kantonalen Behörden. In der Nähe von Schaffhausen machte sich im November 1938 gar ein ganzes Dorf auf den Weg, um zwei zur Abschiebung vorgesehene Flüchtlinge von der Grenze ins Landesinnere zu holen.

Doch Grüninger, der sich von seinem direkten Vorgesetzten – einem sozialdemokratischen Regierungsrat – gedeckt fühlte, ging noch weiter: Die Israelitische Flüchtlingshilfe wies er an, Registraturen zu fälschen und die späten Einreisen durch Verschiebung der Daten oder durch mehrfache Verwendung derselben Matrikelnummern zu tarnen. Mehrmals schickte er Briefe ins Deutsche Reich, mit denen die Verwandten von bereits geretteten Flüchtlingen die Grenze passieren konnten. Einzelne Personen soll er sogar im polizeieigenen Auto höchstpersönlich in die Schweiz geschmuggelt haben. In mehreren Fällen gilt es erwiesen, dass er, der brave Beamte, der politisch noch nie aufgefallen war, aus Empörung über die Verbrechen der Nazis und die hartherzige Politik der Schweiz sogar Einreisewilligungen ins Konzentrationslager Dachau schickte, um einzelnen Häftlingen die Freilassung zu ermöglichen.

## Polizeichef Rothmund ist zufrieden: »Endlich gab es Ruhe«

Es ist der 23. November 1938, zwei Wochen nach den «Kristallnacht»-Pogromen, als man in Diepoldsau unweit des Strandbades wieder Schüsse hört. Die Schweizer Beamten sind sofort zur Stelle und verhaften einen Mann, der gerade eine Grenzmauer erklimmt. Doch der Festgenommene ist gar kein Flüchtling, sondern selber Beamter, und zwar Kanzler der Schweizerischen Konsulatsagentur im österreichischen Bregenz. Er heißt Ernest Prodolliet.

Seit September 1938 hat er immer wieder Flüchtlinge über die Grenze gebracht, normalerweise reichte dazu ein Stempel, den er auf ein Formular setzte, oder er nahm seine Schützensperre ins Auto und bluffte mit seinem Diplomatenpass. Vielleicht wies er gelegentlich auch jemanden an einen der zahlreichen Grenzschepper weiter, die im Rheintal und am Bodensee aktiv geworden waren: arbeitslose Hilfsarbeiter, arme Bauern, jüdische Aktivisten und organisierte Linke, die meist für wenig Geld oder aus Idealismus ein hohes Risiko eingingen und fremdes Leben retteten. Dass Prodolliet, dem in den Akten der Eidgenossenschaft eine «allzu schroffe Verneinung» des nationalsozialistischen Regimes vorgeworfen wird, auch selbst als Passeur durchs Gelände schlich, ist vermutlich nur dieses eine Mal vorgekommen. Dabei stieß er auf eine deutsche Streife, seinen Schützling hat er im Dunkeln verloren.

Sofort wird ein Disziplinarverfahren gegen Ernest Prodolliet eingeleitet, das aber glimpflich ausgeht. Man versetzt ihn nach Amsterdam, wo er 1942 noch

einmal aktenkundig wird, als er holländischen Juden zu falschen Papieren verhilft.

Prodolliets Festnahme und die Verhaftung eines sozialdemokratischen St. Galler Polizisten durch die Gestapo, als dieser kurz vor Weihnachten 1938 in der Nähe von Bregenz versuchte, zwei Frauen in die Schweiz zu schmuggeln, läuteten das Ende von Hauptmann Grüningers Tätigkeit ein. Der Polizeikommandant wurde nun von allen Seiten verpöht und auf das Übelste denunziert. Man verdächtigte ihn, sich von reichen Juden oder «von Marxisten» bestechen zu lassen und gar mit Jüdinnen, die er rettete, sexuelle Beziehungen zu unterhalten.

Wie viele Flüchtlinge tatsächlich gekommen und wie viele von ihnen dann weitergereist waren, lässt sich wegen der Aktenmanipulationen nicht mehr ermitteln. Ende 1938 zählte die Fremdenpolizei insgesamt 10 000 Flüchtlinge nicht nur jüdischer Herkunft in der Schweiz.

Nach Interventionen Heinrich Rothmunds Anfang 1939 wurde Paul Grüninger fristlos entlassen und nach einem langen Verfahren im Oktober 1940 zu einer geringfügigen Buße verurteilt. Das Gericht attestierte ihm, dass er mit der Fluchthilfe und den Aktenfälschungen «keinerlei persönlichen Vorteil für sich beabsichtigte noch sonst erhielt».

Wegen der Gerüchte, die um seine Absetzung entstanden waren – sogar Nazisympathien warf man ihm vor –, blieb er bis zu seinem Tod 1972 in St. Gallen ein verfeimter und völlig verarmter Mann. Zwar ehrte ihn die israelische Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem 1971 (wie 1982 auch Ernest Prodolliet) als «Gerechten unter den Völkern», doch das blieb auf die schweizerischen Behörden ohne sonderlichen Eindruck. Erst 1995 rehabilitierte Grüninger dasselbe Gericht, das ihn 1940 verurteilt hatte. Vor fünf Jahren dann beschloss die Berner Bundesversammlung, auch alle anderen Flüchtlingshelfer zu rehabilitieren, die einst abgestraft worden waren.

Heinrich Rothmund jedoch, Chef der Fremdenpolizei, behielt sein Amt bis in die fünfziger Jahre. Noch im Herbst 1938 hatte er mit der deutschen Regierung die Kennzeichnung jüdischer Pässe durch einen J-Stempel ausgehandelt. So konnte das Einreiseverbot auf alle jüdischen Menschen aus dem Reich ausgedehnt werden. Über die Grenzschließung im August 1938 schrieb er 1941 in einem internen Papier: «Die Sperrenmaßnahme musste rigoros durchgeführt werden und stieß auf den Unwillen der Grenzbevölkerung. Einige Grenzkantone, namentlich St. Gallen und Basel, zum Teil auch Schaffhausen, konnten nur mit größter Mühe zur Vernunft gebracht werden und ließen noch zahlreiche Flüchtlinge ein. Nachdem auch sie Order pariert hatten, kam die Nacht vom 9. November 1938 mit besonders hässlicher Judenverfolgung. Das hatte zur Folge, dass Basel und St. Gallen trotz unserer ständigen Proteste noch einige hundert illegal eingereiste Flüchtlinge aufnehmen. Dann gab es endlich Ruhe.»

Ein vorläufiges Fazit. Denn 1942, der Holocaust war in vollem Gange, begann die zweite Massenflucht aus dem nationalsozialistischen Machtbereich: Jetzt versuchten die Menschen, von Süden und Westen her über den Genfer See, durch den Jura und die Walliser Alpen in die Schweiz zu gelangen. Auf den Tag genau vier Jahre nach der ersten Grenzsperrung erneuerte der Bundesrat im August 1942 das totale Einreiseverbot für jüdische Flüchtlinge. Mindestens 20 000 Menschen wurden während des Krieges an der Grenze abgewiesen oder an die Nazis ausgeliefert – und in den sicheren Tod zurückgejagt.

Der Autor ist Historiker und Journalist und lebt in Zürich. Sein Buch «Grüningers Falle» ist im Rotpunkt Verlag, Zürich, erschienen (256 S., Abb., 15.– €)